

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa,
Grenzstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 153.
Grenzstr. Riesa Nr. 22.

Nr. 241.

Donnerstag, 15. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 22 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift, Seite 6 (Seiten) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Anzeigenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffler, feste Tarife, Ermäßigter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Abgabe eines Beschlusses, durch Abgabe eines Beschlusses, durch Abgabe eines Beschlusses. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grenzstr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

24 Stunden in Berlin.

Ueber den 24 stündigen Aufenthalt des Staatssekretärs Dr. Kempner in Berlin ist viel gesprochen und noch viel mehr geschrieben worden. Es gibt Journalisten, die aus der Bruttotafel des festgelegtesten Diplomatenredes Dr. Kempners den Westpaktentwurf fertig zur Unterschrift haben schimmern lassen wollen. Andere haben sich über Kompromissvorwürfe und neue Instruktionen für die Locarno-Delegation den Kopf zerbrochen. Und dabei entspricht die Reise des Staatssekretärs nur den üblichen Verpflichtungen deutscher Delegationen. Dennoch ist der Besuch mehr, als nur ein Besuch. Das Einverständnis der Reichsregierung und des Reichspräsidenten mit den Verhandlungsmitgliedern der deutschen Delegation nimmt viel Verantwortung von den Schultern Dr. Luthers und Dr. Stresemanns.

Aus den sogenannten Nebenfragen der Ministerkonferenz sind Hauptfragen geworden. Die Klärung der heute nur noch rechtlich unklar besetzten östlichen Zone spielt eine Rolle als Vorstufe für den Abschluss des Westpакtes aus. Die deutsche Reichsregierung ist gegen französische Versprechungen misstrauisch geworden. Auch Herr Brand hat es bisher verweigert, Verpflichtungen nachzukommen. Wer soll seinen Versprechungen glauben? — Der Friedensvertrag von Versailles bestimmt, dass im besetzten Gebiet nicht mehr Truppen unterhalten werden dürfen, als Deutschland in der Vorkriegszeit dort garnisoniert hatte. Die deutsche Besatzungsarmee im besetzten linksrheinischen Gebiet betrug 70000 Mann. Heute werden dort 130000 Mann Besatzungsstruppen unterhalten. Erdrückend lasten die politischen Auswüchse des Besatzungsregimes auf dem Rheinland. Wer glaubt an einen Wandel der Dinge nach Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund? Die deutsche Delegation möchte vor der Erörterung dieser Fragen nochmals die Auffassung der Reichsregierung hören, und sie muss wissen, dass die Reichsregierung einmütig hinter ihr steht, wenn sie von Herrn Brand und seinen Verbündeten die verbindliche schriftliche Niederlegung verlangt, die keine Auslegungsmöglichkeit darüber behält, dass Verträge Verträge bleiben und das Recht Recht bleibt. Es ist der deutschen Reichsregierung und dem deutschen Volk, besonders aber dem besetzten Gebiet, sehr wenig damit geholfen, wenn die bei einer eventuellen Klärung der ersten Zone frei werdenden Truppen in der zweiten und dritten Zone mit untergebracht werden.

Wiederrum Zwangsmaßnahmen gegen die deutschen Öptanten.

Wd. Berlin. Am 1. November ist der Termin, an dem die zweite Reihe der deutschen Öptanten das polnische Staatsgebiet verlassen muss. Polen will auch in diesem Falle von seinem durch den Wiener Vertrag begründeten formalen Recht, das von Deutschland nicht bestritten ist, Gebrauch machen und die Öptanten erst zur Abwanderung zwingen. Bis zum 1. November müssen also diejenigen deutschen Öptanten Polen verlassen haben, die Grundbesitzer sind und in den Grenzgebieten und Festungsgebieten wohnen. Die genaue Zahl ist noch nicht festgestellt; sie ist aber auf mehr als 2000 Personen anzunehmen. Wahrscheinlich werden die deutschen Öptanten mit der Abwanderung wieder bis zum letzten Augenblick warten, es sind aber bereits im Lager Schneidemühl umfassende Maßnahmen getroffen, um 2000 Personen aufzunehmen. Die Räume sind auch für den Winter heizbar gemacht worden. Die schlimmen Zustände wie am 1. August werden sich also nicht wiederholen können, aber die Lage der Öptanten verschärft sich dadurch, dass sie infolge der Schwierigkeiten, die ihnen von Polen bereitet werden, nur sehr schwer ihren Grundbesitz verkaufen oder verpachten können. Bisher sind erst 20000 Morgen Grundbesitz aus deutschen Händen verkauft worden, aber die Grundbesitzer sind in der Zwangslage, dabei große Vermögensverluste zu erleiden; denn es werden ihnen die allergeringsten Angebote gemacht. Die Vermögensverluste werden noch dadurch vergrößert, dass die Auszahlungen in dem entwerteten Flots erfolgen. In vielen Fällen ist den deutschen Öptanten die Veräußerung ihres Grundbesitzes dadurch unmöglich gemacht, dass in ihre Wohnungen Zwangsmieter eingestellt worden sind, die diese Wohnungen nun nicht räumen werden. Diese Zwangsmieter sind zum Teil polnische aus Deutschland abgewanderte Öptanten. Es ist erklärlich, dass die Öpte mit den besetzten Wohnungen zu einem auch nur einigermaßen angemessenen Preise nicht veräußerlich sind. Polnische Gerichte, z. B. in Birnbaum, haben ferner den deutschen Öptanten verboten, ihren Grundbesitz zu verpachten, so dass auch diese Möglichkeit beseitigt ist. Hiergegen sind allerdings von deutscher Seite Vorstellungen erhoben worden, eine Antwort darauf ist aber nicht erfolgt. Nach dem 1. November bleibt noch eine dritte Reihe von deutschen Öptanten übrig, die zur Abwanderung verpflichtet sind und bis zum 1. Juli 1926 das polnische Staatsgebiet verlassen müssen. Das sind die übrigen deutschen Grundbesitzer in Polen, deren Zahl sich auf etwas mehr als 5000 beläuft.

Die Danziger Volkspartei an Dr. Stresemann.

Wd. Locarno. Reichsaussenminister Dr. Stresemann empfing gestern folgendes Telegramm: Volksp. Danzig wünscht vollen Erfolg Ihrer hochbedeutenden Arbeit. Wir hoffen auch für Danzig auf der Klärung der Differenzen Verhandlung und Beilegung der Wirtschaft. In treuer Verehrung Deutsche Danziger Volkspartei.

Der Dresdner Besuch des Reichspräsidenten.

Dem Reichspräsidenten zum Gruß!

Wd. Dresden. Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt an der Spitze ihrer heutigen Nummer:

Dem Reichspräsidenten zum Gruß!

Wenig mehr als sechs Jahre sind verlossen, seit am 1. September 1919 das erste gewählte Oberhaupt des neuen Deutschen Reiches Fritz Ebert nach Dresden kam und der Sächsischen Regierung die Versicherung gab, dass auch unter der neuen Verfassung Sachsen stets auf eine gedeihliche Weiterentwicklung und kraftvolle Förderung durch das Reich werde rechnen können.

Der jetzige Besuch des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg erhält eine besondere Bedeutung, dadurch, dass er der erste Präsident ist, der sein Amt auf Grund des Artikels 41 der Reichsverfassung durch die vom ganzen Volke vollzogene Wahl empfangen hat. Als den Gütern dieser Verfassung, die gewissenhaft zu wahren und zu erfüllen er vor dem Reichstag am 12. Mai dieses Jahres geschworen hat, grüßen wir den Reichspräsidenten v. Hindenburg. Wir grüßen in ihm gleichzeitig den allzeit pflichtbewussten und pflichtgetreuen Mann, der am 10. November 1918, als das alte Deutschland zusammenbrach, auf seinem Posten ausharrte und sich den Volksbeauftragten zur Verfügung stellte, um die zurückflutenden Meere möglichst geordnet in die Heimat zu bringen. Dass der Herr Reichspräsident damals diesen Entschluss gefasst und durchgeführt hat, ist ein Verdienst, das ihm niemand wird bestreiten können. Es war ein wirklich großer Entschluss; der Gedanke an Staat und Volk hingte bei ihm über manche schwere Bedenken, die ihm aus der Tradition und seinem politischen Bekenntnis erwachen sein mochten. Dasselbe hohe Verantwortungsgesühl ließ ihn auch vor wenigen Monaten das Amt des Reichspräsidenten annehmen.

Schwere Zeiten sind über Reich und Volk dahingegen. Dem politischen Zusammenbruch und einem unerhört drückenden Gewaltfrieden folgte ein wirtschaftlicher Niedergang, der bis zu den Rand des Abgrundes führte und sich in dem stark industrialisierten Sachsen mit seiner dichten Bevölkerung am schwersten fühlbar machen musste. Aber mit Energie und Fähigkeit hat sich unser Volk wieder aufgerafft und den Herrn Reichspräsidenten wird der Besuch, so kurz er auch nur sein kann, die Ueberzeugung gewinnen lassen, dass man im Sachsenlande treu zum Reich hält und alles daran setzt, um Deutschland wieder zur alten Größe und zum alten Ansehen in der Welt emporzuführen.

Abreise des Herrn Reichspräsidenten nach Dresden.

Wd. Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident ist heute vormittag 8 Uhr nach Dresden abgereist, um der sächsischen Staatsregierung den vorgesehene Besuch abzustatten.

Dresden im Flaggenhond.

Wd. Dresden. Aus Anlass des Besuchs des Reichspräsidenten von Hindenburg tragen alle öffentlichen und viele Privatgebäude Flaggenhond. Die heutigen Morgenblätter bringen Begrüßungsartikel, in denen sie der Freude über den Besuch des Reichspräsidenten Ausdruck geben.

Die heutigen Beratungen in Locarno.

Der Entwurf des Sicherheitspaktes angenommen.

Locarno. (Funkspruch.) Ueber die heutige Vormittags-Sitzung wurde zwischen den Delegierten folgendes Kommuniqué vereinbart: In der heutigen Sitzung wurde der Gesamtentwurf des Entwurfes eines Sicherheitspaktes angenommen. Daraus wurde die Frage der Schiedsverträge auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei wurden eingeladen, an der Sitzung teilzunehmen, um den Bericht der Sachverständigen über ihre Arbeiten hinsichtlich der Entwürfe von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Frankreich, Deutschland und Belgien mit anzuhören. Der Text der Entwürfe wurde von den beteiligten Delegationen angenommen.

Die Vertreter Polens und der Tschechoslowakei machten alsdann Mitteilung über den bereits fertiggestellten Stand ihrer eigenen Verhandlungen mit Vertretern der deutschen Regierung über den Entwurf von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und Polen, Deutschland und der Tschechoslowakei. Es wurde beschlossen, die endgültige Annahme vorbereiteter Verträge sowie die Erörterung der Frage des Zeitpunktes ihrer Veröffentlichung einer späteren Sitzung vorzubehalten.

Die Ankunft in Dresden.

Dresden. (Funkspruch.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute vormittag zum Besuch der sächsischen Regierung hier eingetroffen. Der Reichspräsident wurde am Bahnhof u. a. vom Ministerpräsidenten Heldt, Landtagspräsident Winkler, Oberbürgermeister Blüher, dem Befehlshaber des Reichswehrkommandos 4, Generalleutnant Müller empfangen und begab sich, nachdem er die Front der Ehrenkompagnie abgesehen und deren Vorbeimarsch entgegengenommen hatte, von der zahlreichen Menge überaus herzlich begrüßt, zum Ministerialgebäude. Vor und hinter dem Auto ritt eine Gesellschaft von des Reichsregiments 12. Die Truppen der gesamten Garnison Dresden bildeten Spalier. Im Ministerialgebäude fand die Besichtigung der Staatsminister und der Ministerialdirektoren statt und anschließend eine Besprechung sowie persönliche Ansprache. Kurz nach 12 Uhr hielt der Reichspräsident dem Landtagspräsidium im Landtaggebäude einen Besuch ab, wo auch die Fraktionsvorsitzenden des Landtages vorgestellt wurden. Daraus begab sich der Reichspräsident zum Besuch der sächsischen Kollegen in das Neue Rathaus, wo ihn der Oberbürgermeister, die Stadtverordnetenversammlung und die sächsischen Kollegen willkommen hießen.

Das Frühstück.

Dresden. (Funkspruch.) Um 1 Uhr gab die sächsische Regierung zu Ehren des Reichspräsidenten im Hotel Bellevue ein Frühstück. Während der Tafel begrüßte Ministerpräsident Heldt den Reichspräsidenten mit einer Ansprache, die mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten schloß.

Reichspräsident von Hindenburg

sagte in seiner Erwiderung u. a.: Sachsen ist neben dem Industriegebiet an Ruhr und Rhein ein zweites Mittelzentrum der deutschen Wirtschaft, ein Zentrum industrieller werktätigen Schaffens, und so tritt, wie unlängst im Westen des Reiches, auch heute die Sorge, die das deutsche Wirtschaftsleben gegenwärtig belastet, mir hier in besonderem Maße entgegen. Sie dürfen versichert sein, dass die Notlage der deutschen Wirtschaft Gegenstand steter und ernster Aufmerksamkeit der Reichsregierung und ihre Beseitigung eine der ersten Aufgaben des Reiches ist. Aber es bedarf der Anspannung aller Kräfte in Reich und Ländern, um diese Schwierigkeiten zu meistern, um in friedlichem Wettbewerb der deutschen Arbeit freie Entfaltung und dem deutschen Arbeiter handige und lohnende Beschäftigung zu verschaffen und zu erhalten. Gerade hierbei zeigt es sich, dass das Reich, unser gemeinsames Vaterland, allen seinen Stämmen und Ländern Rückhalt und Kraft gibt und dass wir nur geschlossen, nur im ganzen stark genug sind, um außerordentliche Mühe und Anstrengung zu überwinden und zu dieser Stärke gehört auch ein Einverständnis, die innere Einheit im deutschen Volk, das Gemeinschaftsgefühl, das über Parteien in Interessen stehen muss. Wir bekennen uns alle zum Glauben an Deutschland und seine Zukunft. Lassen Sie uns auch zur Tat bekennen, die im Bewusstsein der Gemeinschaft handelt und unter Ueberwindung des Gegensätzlichen die Einheit schafft, der wir so dringend bedürfen, dann wird uns allen hoffentlich eine sorgenfreie Zukunft werden, die auch dem Lande Sachsen, das in besonderer Maße die Mühe der letzten Jahre getragen, eine glücklichere Entwicklung bringt. Mit diesem Wunsch trinke ich auf das Wohl Ihrer engeren Heimat.

Chamberlain erhofft für Freitag den Locarnovertrag.

Locarno. (Funkspruch.) Die die Schweizer Depeschenagentur meldet, gab Chamberlain der Hoffnung Ausdruck, dass der Freitag, sein Geburtstag, durch die Unterzeichnung der Abkommen ausgezeichnet werden werde, die der „Vertrag von Locarno“ genannt werden würden.

Erörterung der Schiedsverträge.

Locarno. (Funkspruch.) Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters des Wolffbüros wird heute nachmittag die detaillierte Erörterung der Schiedsverträge in privaten Unterhandlungen der Delegierten der interessierten Mächte fortgesetzt werden.

Briefbankett in Locarno.

Locarno. (Funkspruch.) Der Sonderberichterstatter des Wolffbüros meldet: Zu Ehren der Hauptdelegierten der an der Konferenz in Locarno beteiligten Mächte veranstalteten heute die Journalisten der Weltpresse unter Führung der Vereinigung der beim Völkerverbund beurlaubten Journalisten ein Frühstück mit 100 Gedecken. Erschienen waren u. a. von der deutschen Delegation Reichsaussenminister Dr. Luther, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Staatssekretär von Schubert, Ministerialdirektor Gaus und Ministerialdirektor Riep, von der englischen Delegation Außenminister Chamberlain, von der französischen Delegation Außenminister Briand, von der belgischen Delegation Außenminister Vanderwerf, von der italienischen Delegation Senator Scialoja, der tschechische und der polnische Außenminister. Chamberlain dankte in einer kurzen Ansprache namens der Gäste für die Verankaltung.